

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UwE/008(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Umwelt und Energie	Dienstag, 12.04.2005	Julius-Bremer-Straße 8 Raum 609/611	17:00Uhr	19:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Behandlung der Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 253-6
"Friedrich-Ebert-Straße"
Vorlage: DS0002/05
 - 4.2 Änderung Geltungsbereich und Satzung zum Bebauungsplan Nr.
253-6
"Friedrich-Ebert-Straße"
Vorlage: DS0003/05
 - 4.3 Maßnahmeplan Klimaschutz 2005 mit Ausblick 2006/2007
Vorlage: DS0034/05
 - 4.4 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 103-4 "Südlich
Burger Straße / Tierheim"
Vorlage: DS0055/05
 - 4.5 Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen
Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8"
Vorlage: DS0057/05

- 4.6 Umsetzung der Ergebnisse der "Hochwasserstudie Ostelbien"
Vorlage: DS0066/05
- 4.7 Satzung der vereinfachten 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.
267-2 "Gänseanger"
Vorlage: DS0106/05
- 4.8 Änderung Bebauungsplanentwurf Nr. 428-1E "Salbker Chaussee -
Nordseite"
Vorlage: DS0112/05
- 5 Anträge
- 5.1 Einrichtung einer gentechnikfreien Region
Vorlage: A0017/04
- 5.2 Einrichtung einer gentechnikfreien Region
Vorlage: A0017/04/2
- 5.3 Einrichtung einer gentechnikfreien Region
Vorlage: S0144/04
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Schmidt, Kurt Dr.

Mitglieder des Gremiums

Schwenke, Wigbert

Canehl, Jürgen

Herbst, Sören Ulrich

Veil, Thomas

Vertreter

Gripinski, Axel

Sachkundige Einwohner/innen

Bunge, Frank

Bunk, Doris

Himmel, Torsten

entschuldigt fehlten:

Frömert, Regina

Krause, Bernd

Verwaltung

Herr Platz

Herr Warschun

Herr Schulze

Frau Grünert

Frau Schäferhenrich

Frau Wolf

Frau Richter

Herr Grögor

Bg I

Amt 31, AL

Amt 31

Amt 31, Protokoll

Amt 61

Amt 61

Amt 61

Amt 31

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig sei.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Platz kündigt eine Information zur Thematik Feinstaub unter „Verschiedenes“ an.

Abstimmung: 4-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift

Abstimmung: 2-0-3

4. Beschlussvorlagen

- | | | |
|------|--|-----------|
| 4.1. | Behandlung der Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 253-6
"Friedrich-Ebert-Straße" | DS0002/05 |
| 4.2. | Änderung Geltungsbereich und Satzung zum Bebauungsplan Nr.
253-6 "Friedrich-Ebert-Straße" | DS0003/05 |
-

Frau Schäferhenrich - Amt 61 - stellt die Drucksachen vor.

Nach der Vorstellung der Abwägungen kritisiert Herr Stadtrat Herbst, in der Abwägung sei nicht auf die Argumente des SAB eingegangen worden. So sei nicht erkennbar, ob die im Einkaufsmarkt vorgehaltenen Entsorgungsmöglichkeiten ausreichend seien.

Herr Bunge bittet um Informationen zum Zustand des Areals vor der Bebauung, um die Versiegelung ins Verhältnis setzen zu können. Herr Stadtrat Schwenke regt an, perspektivisch Lösungen für Wertstoffcontainer zu finden, auch im Parkplatzbereich von Einkaufsmärkten.

Herr Stadtrat Veil fragt, wo sich der nächstliegende Containerstellplatz befinde. Herr Schulze - Amt 31 - benennt den Gübser Weg (in unmittelbarer Nähe zum B-Plangebiet) als nächsten Standort. Zur früheren Nutzung führt er aus, ein Großteil der Flächen sei versiegelt gewesen, so dass keine Verschlechterung zu verzeichnen sei. Herr Platz rät davon ab einen Containerplatz vorzusehen, wenn sich ein anderer bereits in unmittelbarer Nähe befände.

Abstimmung Pkt. 2.1: 6-0-0

Abstimmung Pkt. 2.2: 3-0-3

Abstimmung DS0002/05: 6-0-0

Abstimmung DS0003/05: 6-0-0

4.3. Maßnahmeplan Klimaschutz 2005 mit Ausblick 2006/2007 DS0034/05

Herr Schulze - Amt 31 - stellt den Maßnahmeplan vor. Neu sei die beabsichtigte Erstellung von CO₂-Bilanzen. Er stellt die beiden in der Drucksache angesprochenen Verfahren kurz gegenüber. Herr Stadtrat Veil hält es für angebracht den Anteil, der den Schulen über den Vermögenshaushalt zu Gute kommt, auch so einzusetzen, dass die beteiligten Schüler einen

Nutzen daraus ziehen können. Herr Stadtrat Herbst bittet um die Benennung der aktuell aktiven Schulen. Ihn interessiere zudem, ob auch eine Beteiligung freier Schulen möglich sei. Herr Bunge fragt nach den Hintergründen für eine Begrenzung auf 9 Schulen. Herr Schulze stellt fest, die Projektgruppen seien in die Entscheidung über die Verwendung der Mittel eingebunden. Für eine Begrenzung der teilnehmenden Schulen habe sich das Umweltamt entschieden, da der Betreuungsaufwand (Projektwoche) besonders im ersten Projektjahr sehr hoch sei. Da das Projekt den städtischen Haushalt berühre, seien keine freien Schulen eingebunden.

Derzeit sind folgende Schule beteiligt:

seit Schuljahr 2002/2003	seit Schuljahr 2003/2004	seit Schuljahr 2004 / 2005
Werner-von-Siemens-Gymnasium	Sek.schule Th. Mann	Sek.schule E. Wille
Sek.schule Freih.-vom-Stein	Sek.schule C. Zetkin	Sek.schule Th. Müntzer
Sek.schule H. Reichel	Sek.schule J.-W.-von-Goethe	Sek.schule W. Weitling

Herr Stadtrat Gripinski regt an, den Einspargedanken auch auf die Verwaltung zu übertragen. Herr Platz verweist dazu auf den Ausblick 2006/2007. Perspektivisch solle die Thematik „Energiebeauftragter“ angegangen werden.

Herr Stadtrat Veil empfiehlt auch die Übertragung des fifty/fifty-Effektes auf die Verwaltung. Wichtig sei der daraus resultierende Anreiz für die Aktiven.

Herr Platz weist darauf hin, dass der Klimaschutz mit sehr bescheidenen Mitteln bearbeitet werde. Die Manpower für eine Ausweitung des fifty/fifty-Projektes sei nicht vorhanden. Eine Auszahlung an Mitarbeiter halte er im Hinblick auf die Haushaltssituation und auf Grund rechtlicher Bedenken für nicht umsetzbar. Herr Stadtrat Veil konkretisiert, es gehe ihm nicht um Auszahlungen, sondern um die Verwendung für Projekte, die den Mitarbeitern zu Gute kommen würden.

Abstimmung DS0034/05: 6-0-0

4.4.	1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 103-4 "Südlich Burger Straße / Tierheim"	DS0055/05
------	--	-----------

Frau Wolf - Amt 61 - stellt die Drucksache vor.

Abstimmung DS0055/05: 5-0-1

4.5.	Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8"	DS0057/05
------	--	-----------

Frau Wolf - Amt 61 - bringt die Drucksache ein.

Herr Stadtrat Dr. Schmidt fragt nach der Gefahr der Verlärmung durch die Lübecker Straße. Frau Wolf verweist auf noch folgende Untersuchungen.

Herr Stadtrat Schwenke bittet zu prüfen in wie weit die Namensänderung der DeTeCSM (in der Grenzbenennung enthalten) Auswirkungen auf die Rechtskraft des B-Planes haben könnte. Zudem solle über die vorgesehene Geschossigkeit nochmals nachgedacht werden.

Frau Bunk hält einen weiteren Einkaufsmarkt gegenüber Kaufland für überflüssig. Herr Stadtrat Schwenke gibt zu bedenken, dass die Erschließung des Gebietes nur aus Richtung Norden möglich sei.

Frau Wolf antwortet, der vorgesehene Markt sei mit 700 m² relativ klein. Da das Verfahren noch am Anfang stehe, seien auch im Hinblick auf die Erschließung noch Änderungen möglich.

Abstimmung DS0057/05: 6-0-0

4.6.	Umsetzung der Ergebnisse der "Hochwasserstudie Ostelbien"	DS0066/05
------	---	-----------

Der Ausschussvorsitzende erinnert an die Vorstellung der Hochwasserstudie im Ausschuss. Mit der vorliegenden Drucksache beginne die Umsetzung der Studie. Herr Warschun - Amt 31 - ergänzt, die Drucksache bilde die Grundlage für eine detaillierte Planung der Maßnahmen und deren Kosten. Gleichzeitig werde der Rahmenvertrag mit dem Unterhaltungsverband Ehle/Ihle beschlossen.

Abstimmung DS0066/05: 6-0-0

4.7.	Satzung der vereinfachten 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267-2 "Gänseanger"	DS0106/05
------	--	-----------

Frau Wolf - Amt 61 - stellt die Änderungen vor.

Abstimmung DS0106/05: 6-0-0

4.8.	Änderung Bebauungsplanentwurf Nr. 428-1E "Salbker Chaussee - Nordseite"	DS0112/05
------	---	-----------

Frau Richter - Amt 61 - geht auf die vom Projektentwickler vorgelegte Konzeptstudie ein. Herr Stadtrat Canehl stellt fest, er sehe keinen Anlass für die Schaffung eines Nahversorgungszentrums an diesem Standort. Im Entwurf seien außerdem einige großflächige Teile noch ohne Nutzung. Herr Stadtrat Dr. Schmidt fragt nach einer neuen Zufahrt für das Gelände. Frau Richter benennt als einzige im B-Plan vorgesehene die über den Pallasweg - in 2004 sei vom Stadtrat aber eine neue Einfahrt beschlossen worden. Herr Stadtrat Schwenke hält eine Nutzung der überplanten Fläche für angeraten, dies müsse aber nicht zwingend die vorgeschlagene sein. Herr Stadtrat Herbst sieht eine Ausnutzung der Marktflächen gefährdet. Aus seiner Sicht solle zudem die wesentliche Verkleinerung des Grüngürtels nicht hingenommen werden.

Abstimmung DS0112/05: 0-6-0

- | | | |
|------|---|------------|
| 5. | Anträge | |
| 5.1. | Einrichtung einer gentechnikfreien Region | A0017/04 |
| 5.2. | Einrichtung einer gentechnikfreien Region | A0017/04/2 |
| 5.3. | Einrichtung einer gentechnikfreien Region | S0144/04 |
-

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die am 05.03.2005 durchgeführte Informationsveranstaltung zur Grünen Gentechnik.

Herr Stadtrat Herbst kritisiert die geringe Beteiligung der Stadträte an der Veranstaltung. Er verweist insbesondere auf das Referat von Herrn Dr. Bauschmid aus München. Herr Stadtrat Schwenke betont, auch wer am 05.03.2005 verhindert gewesen sei, habe in zeitlicher Nähe eine der zahlreichen Veranstaltungen zur Gentechnik besuchen können. Magdeburg als Stadt der Wissenschaft vergäbe sich durch eine Ablehnung der Gentechnik Chancen. Herr Stadtrat Canehl stellt unter Verweis auf das Referat von Herrn Dr. Bauschmid fest, ein Verzicht auf Gentechnik sei machbar. Aus seiner Sicht sei eine Umsetzung der vorliegenden Anträge auch personell leistbar. Wie Herr Dettmer in der Veranstaltung dargestellt habe, könne das Label „gentechnikfrei“ auch zu einer Imageerhöhung beitragen. Herr Stadtrat Veil betont, in der Veranstaltung seien zahlreiche Fakten angeboten worden. Sichtbar sei aber auch geworden, dass das Thema zutiefst emotional belegt sei - jeder sei zudem auf die eine oder andere Weise

festgelegt. Vielleicht könne eine Gegenüberstellung von Pro und Kontra in Form einer Synopse bei der Entscheidungsfindung helfen. Frau Bunk macht darauf aufmerksam, dass über die Gemarkung hinaus geschaut werden müsse. Herr Stadtrat Herbst hält eine Synopse zwar für wünschenswert, die Verwaltung solle damit jedoch nicht beauftragt werden. Aus seiner Sicht habe die Informationsveranstaltung bereits diesen Charakter gehabt. Herr Stadtrat Herbst betont, mit der Umsetzung des Antrages gehe es um den Verzicht auf kommerziellen Einsatz von GVO und nicht um eine Behinderung der Forschung. Herr Stadtrat Dr. Schmidt bittet zu beachten, dass man akzeptieren müsse, was per Gesetz zugelassen sei. Aus seiner Sicht sei ein Monitoring in freier Natur auch für die Einschätzung der Risiken von Bedeutung.

Herr Platz fasst die Diskussion zusammen. Es handele sich um ein sehr emotional belegtes Thema - er habe Zweifel, dass die Bereitschaft vorhanden sei, sich überhaupt offen auf das Thema einzulassen. Im Gegenteil, jeder fühle sich durch den einen oder anderen Referenten in seiner vorgefassten Meinung bestärkt. In der Diskussion müsse es aber um die Ermöglichung der Koexistenz gehen.

Herr Stadtrat Gripinski stellt den Geschäftsordnungsantrag: Abbruch der Debatte.
Abstimmung des GO-Antrages: 4-2-0

Zunächst wird über den weitergehenden Antrag A0017/04/2 abgestimmt.

Abstimmung A0017/04/2: 3-2-1

Abstimmung A0017/04: 3-2-1

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6. Verschiedenes

Herr Stadtrat Herbst verweist zur Thematik „Feinstaub“ auf die Anfragen aus der letzten Stadtratsitzung.

Herr Warschun - Amt 31 - informiert zunächst über die aktuellen rechtlichen Regelungen. Seit 1. Januar 2005 gelten EU-Grenzwerte für Feinstaub. Danach dürfe die Feinstaubbelastung von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft nur an 35 Tagen pro Jahr überschritten werden. Bei einer Grenzwertüberschreitung seien Maßnahmen einzuleiten.

In Magdeburg stelle sich die Situation wie folgt dar: Bis zum 06.04.05 gäbe es 6 Überschreitungen an der Messstelle Knochenpark (Buckau) und 4 an der Messstelle Damaschkeplatz. Zum Vergleich dazu seien 17 Überschreitungen in 2004 sowie 56 Überschreitungen in 2003 für die gesamte Stadt Magdeburg registriert worden.

Herr Warschun betont, dass erst nach der 35. Überschreitung durch das Land Maßnahmen einzuleiten seien. Dazu gehöre dann die Erstellung von Luftreinhalte- und Aktionsplänen. Die Stadt (Straßenverkehrsbehörde) könne Verkehrsbeschränkungen umsetzen.

Zu beachten sei bei der Messstelle Damaschkeplatz, dass auf Grund der Baumaßnahmen am Universitätsplatz eine besondere Situation vorliege. Zudem sei der Standort gut durchlüftet, so dass nicht die typischen Innenstadt-Belastungen anzutreffen seien. Daher sei eine Verlegung der Messstelle an die Kreuzung O.-v.-Guericke-Str. / E. Reuter-Allee im Gespräch.

Herr Warschun verweist auf das einvernehmliche Ende der Gartenabfallverbrennung. Ihr seien 2 Überschreitungen zuzuordnen gewesen. In der Diskussion seien weitere Maßnahmen:

- geänderte Verkehrsführung (temporäre Sperrung der Abfahrten) und dadurch Entlastung der Messstelle
- mittelfristiger Umzug der Feuerwache, die durch Freischaltung einen erheblichen Rückstau provoziert
- Verlagerung der Straßenbahnhaltestelle auf die Ostseite der Kreuzung.

Herr Warschun führt aus, planungsseitig sei bisher eine Bündelung von Verkehrsströmen aus den Quartieren heraus praktiziert worden. Zur Verbesserung der Situation an Messstellen müsse diese Bündelung aufgelöst werden.

Herr Platz ergänzt, bei der Betrachtung von Feinstaub erfolge eine ausschließliche Konzentration auf den Verkehr, und dabei auf die lokale Situation. Betrachtet werden müsse aber auch die Bewegung von Feinstaub, d.h. eine gewisse Grundlast.

Herr Stadtrat Dr. Schmidt spricht den Einbau von Dieselpartikelfiltern an. Er halte jedoch die Eingrenzung der Thematik Feinstaub auf den Verkehr für nicht hinnehmbar. Ein Maßnahmenplan müsse unter Berücksichtigung aller Quellen aufgestellt werden. Herr Stadtrat Canehl bringt die Belastung durch Stickoxide zur Sprache. Aus seiner Sicht müsse die Verantwortung überregional wahrgenommen werden. Herr Stadtrat Herbst warnt vor falschem Aktionismus. Er schlage vor, in regelmäßigen Abständen über die Luftsituation im Ausschuss zu berichten. Die Ausschussmitglieder stimmen dem zu. Herr Platz verweist auf die Zuständigkeit des MLU. Die Landeshauptstadt werde lediglich zuarbeiten. Verursacher von Feinpartikeln (bis zu einer Größe von 10 Mikrometern) seien in 2001 lt. Bundesumweltministerium gewesen:

17 %	Straßenverkehr
9,4 %	übriger Verkehr
4,7 %	Schüttgutumschlag
11,1 %	Kraft- und Fernheizwerke
3,5 %	Industriefeuerungen
35,0 %	Industrieprozesse
19,3 %	Haushalte und Kleinverbraucher

(Quelle: Der Spiegel Nr. 14 vom 4.4.05)

Herr Stadtrat Canehl macht die Ausschussmitglieder auf die I0080/05 aufmerksam. Diese werde nur im StBV behandelt und thematisiere die Bus-Linienführung über die Sternbrücke. Aus seiner Sicht solle diese Linie aber nicht im Stadtpark enden, sondern ringförmig geschlossen werden.

Herr Platz kündigt für die Maisitzung des Ausschusses eine Information über den Stand der Lärminderungsplanung an.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung. Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Kurt Schmidt
Vorsitzender

Diana Grünert
Schriftführerin